

Micha Brumlik

Die »Ausschaffung« – Einführung in die wissenschaftliche Kritik einer populistischen Kampagne

Am Ende geschah es auch in Frankfurt am Main, einer Stadt, der seit Langem eine CDU-Oberbürgermeisterin vorsteht und die in jenem Bundesland liegt, das seit nunmehr acht Jahren von Roland Koch regiert wurde: Zwei Wochen nach dem brutalen Überfall zweier junger Männer aus München auf einen Pensionär griff auch in Frankfurt eine Bande männlicher Jugendlicher auf einem U-Bahnhof einen Zugführer an, der nichts anderes wollte, als einen schwankenden Jugendlichen aufzufangen – eine hilfreiche Geste, die von den anderen Jugendlichen als Angriff gedeutet wurde. Die angetrunkene Meute konnte nur durch eine schnell herbeigerufene Polizeistreife davon abgehalten werden, auf den am Boden liegenden Mann einzutreten. Die Täter, die gemäß der Strafprozessordnung nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt wurden – es bestanden keine Anhaltspunkte für Fluchtgefahr oder Beweisunterdrückung –, waren Sprösslinge von Einwandererfamilien, die in einem Frankfurter Armutsviertel leben.

U- oder S-Bahnen stellen eine eingeschränkte Öffentlichkeit eigener Art dar: Anders als im klaustrophoben, aber klar begrenzten Zeit-Raum von Aufzügen sind in der U-Bahn Fremde gezwungen, längere Zeit kommunikationslos miteinander zu verbringen, ein Minimum an Verhaltensregeln einzuhalten und sich zugleich als Personen zu präsentieren, die zwar anwesend, aber nicht ansprechbar sind. Dem entspricht nicht nur das ostentative Lesen von Zeitungen oder Büchern, sondern zunehmend die trotzig demonstrierte akustische Isolation: Jungen und Mädchen, die mit leerem Blick auf das Display ihrer Mobiltelefone oder ihrer MP3-

Player stieren; zudem scheint sich die leere Zeit der Fahrt für die Neuorganisation der persönlichen Datenmengen bestens nutzen zu lassen. Dem Binnenraum der Waggons korrespondieren unterirdische, schwach und kalt beleuchtete Passagen, Rolltreppen und Bahnsteige, deren Belebtheit tageszeitlichen Rhythmen folgt. Vor und nach dem Berufsverkehr nimmt die Frequenz der Nutzung deutlich ab. In den leeren Stunden des frühen Morgens und der späten Nacht, während der wegen ausgedünnter Fahrpläne lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen sind, entfällt der Schutz dichter Mensentrauben und nimmt die Verlorenheit der wenigen Fahrgäste objektiv und subjektiv zu – allen Alarmknöpfen und Videokameras zum Trotz. Die nächtliche U-Bahn ist der wahr gewordene Albtraum der Schwachen und Minderbemittelten – gerade so, wie abendliche Parkhäuser der realistische Nachtmahr all jener sind, die wohlhabend und geschickt genug sind, über ein eigenes Automobil zu verfügen. Tatsächlich ging es zu Beginn des hessischen Wahlkampfes vor allem um die U- und S-Bahn-Nutzer: um solche, die eines Mindestlohns bedürfen und als mögliche Opfer von – objektiv höchst unwahrscheinlichen – Gewaltverbrechen gleichwohl besonders exponiert sind. Der hessische Ministerpräsident Koch hatte – im Unterschied zu seinen Kollegen aus Hamburg und Niedersachsen – klar erkannt, dass er sich eine neue Mehrheit weder unter den abhängig Beschäftigten noch unter dem mit der hessischen Bildungs- und Umweltpolitik höchst unzufriedenen Bürgertum verschaffen konnte. Der von Koch mit dem Thema »Jugendkriminalität« eröffnete Wahlkampf war daher auch – anders, als es die CDU sonst so liebt – kein »Kampf um die Mitte«, sondern ein Kampf um die Stimmen der Unterschicht, die auch nach sozialdemokratischen Politikern nicht mehr als solche bezeichnet werden darf. Dabei ging es Koch um nichts anderes, als dieses Wählerpotenzial dort bei seiner Angst zu packen, wo es die andere Volkspartei, die SPD, mit ihrem ebenfalls landesunspezifischen Thema »Mindestlohn« auf seine verbliebenen, mageren

Hoffnungen ansprechen wollte. Allerdings dürfte die intensive öffentliche Debatte schnell bewiesen haben, dass aus fachlicher, aus sozialpädagogischer, kriminologischer oder rechtspolitischer Sicht nichts, aber auch gar nichts für den von der CDU beschlossenen Forderungskatalog von »Warnschussarrest«, längeren Haftstrafen, erleichterter Abschiebung sogar hierzulande geborener Personen und sogenannten Erziehungscamps spricht.

Der Warnschussarrest – im angelsächsischen Bereich ist vom *short sharp shock* die Rede – greift nach allen kriminologischen Erkenntnissen nur bei bisher nicht als delinquent aufgefallenen Jugendlichen aus bürgerlichen Elternhäusern. Längere Haftstrafen werden in Deutschland indes bereits seit etwa zehn Jahren bis zum Überquellen der Jugendhaftanstalten verhängt, die Rückfallquoten liegen – nicht trotz, sondern wegen dieser Praxis – bei 71 Prozent. Doch ging es nie – was der hessische Ministerpräsident Monate nach der Wahl bei einem Parteitag der hessischen CDU im Mai denn auch zugegeben hat – um das kriminalpolitisch Notwendige, sondern um eine Strategie kaltblütig geschürter Erregung; einer Erregung, die vor allem mit Angst und dem Versprechen von »Härte« operierte, mit einem Versprechen, das freilich bar jeder Deckung war und nur mit einem semantischen Trick, dem Wunsch nach »Erziehungscamps«, auftrumpfen konnte.

Der Wahlkampf Roland Kochs, den Angela Merkel schon allein deshalb unterstützen musste, um eine eventuelle Niederlage der hessischen CDU nicht in die Schuhe geschoben zu bekommen, beruhte auf fachlich unausgewiesenen Rezepten, aus untauglichen Verschärfungen, aus hohlen und nicht haltbaren rechtspolitischen Verheißungen sowie einem massiven Etikettenschwindel. Koch und Merkel taten so, als seien »Erziehungscamps« etwas grundsätzlich anderes als lediglich ein weiteres Konzept zur Ausgestaltung des Jugendstrafvollzugs beziehungsweise zur Anreicherung der breiten Palette jugendstrafrechtlich-pädagogischer Angebote. So war es die niedersächsische Justizministerin Heister-Neumann

(CDU), die zu Recht festgestellt hat, dass »unsere Jugendanstalten in ihrer modernen Form ... doch Erziehungscamps« sind. Und was die »erleichterte Abschiebung« betrifft: Sie würde sich schon allein aus europarechtlichen Gründen und aufgrund entsprechender Vorschriften der Menschenrechtskonvention auch dann nicht umsetzen lassen, wenn man es für moralisch vertretbar hält, junge Menschen, die ihre kriminelle Sozialisation ausschließlich hierzulande durchlaufen haben, auszuweisen; die Schweiz kennt für diesen Vorgang den treffenden Ausdruck »Ausschaffung«.

Gleichwohl wurde an eben diesem Etikettenschwindel eine tiefer liegende Problematik sichtbar. Der Assoziationshof des Begriffs »Erziehungscamp«, das von der Sache her ja nicht mehr sein kann als eine andere Form des Jugendstrafvollzugs, ist ausgesprochen weiträumig. Zu Deutsch heißt »camp« ja nichts anderes als »Lager«. Der Assoziationshof dieses Begriffs reicht vom »Ferien-« über das sportliche »Trainings-« bis hin zum »Arbeits-« oder »Konzentrationslager«.

Lager sind – wie der italienische Philosoph Giorgio Agamben gezeigt hat – eingegrenzte, eingeschlossene Räume des Ausschlusses; Zonen, die zwar durch das Recht konstituiert, aber in ihrem Inneren dem Recht nicht unterworfen sind. Damit kein Missverständnis entsteht: Es geht nicht darum, irgendjemandem vorzuwerfen, er habe tatsächlich so etwas wie Jugend-KZs, die es in der NS-Zeit tatsächlich gab, einrichten wollen. Wohl aber geht es darum, zu zeigen, welche sonst zivilisatorisch zensierten, unterdrückten Ordnungswünsche breiter Teile der deutschen Bevölkerung mit derlei Begriffen zum Auftauchen provoziert werden können. Dass bei Kochs Kampagne zudem ein kulturalistisch verbrämter Rassismus im Spiel war, hatte sich schon bei ihrer Eröffnung gezeigt – in Kochs polemischen Garnierungen, vor allem seiner im kriminalpolitischen Kontext unsachgemäßen Kritik an »hierzulande nicht üblichen Formen der Müllentsorgung« oder seinen Bemerkungen zur »Hausschlachtung«, die mit der Sicher-

heit in der U-Bahn keine Rolle spielen. Ein näherer Blick auf Kochs Semantik und den ursprünglichen Münchner Fall fördert zutage, dass es nicht nur um eine Mobilisierung von Angst, sondern auch um die Sehnsucht nach Unterwerfung ging.

Um diese Sehnsucht besser zu verstehen, sei ein Blick auf die *BILD*-Zeitung geworfen. Man kann diese extreme Variante einer Boulevardzeitung mit gutem Grund als Kampfblatt populistischer und konservativer Strömungen analysieren und bekämpfen. Doch womöglich ist die *BILD*-Zeitung ja mehr und anderes: Vielleicht ist sie in ihren vielstimmigen Einlassungen vor allem die Projektionsfläche eines kollektiven Unbewussten – also im wahrsten Sinne des Wortes ein Medium, in dem sich jene Emotionen, die in der seriösen Publizistik der Zensur einer verantwortungsethisch orientierten Berichterstattung unterliegen, ungehemmt artikulieren. Wenn das der Fall ist, lässt sich aus der *BILD*-Zeitung womöglich mehr über die kollektive Befindlichkeit von Deutschen erfahren als aus methodisch gesicherten Meinungsumfragen.

War das nicht paradox? In dem Maße, wie die ernst zu nehmende kriminologische, sozialpädagogische und juristische Zunft von exzellenten Wissenschaftlern wie den Kriminologen Christian Pfeiffer und Joachim Kersten sowie dem Psychologen Michael Hock bis zu Anwaltsvereinen und dem deutschen Richterbund die CDU-Vorschläge begründet zurückgewiesen hat, verstärkte die *BILD*-Zeitung ihre Kampagne. Während in der Ausgabe vom 4. Januar der Kolumnist Franz Josef Wagner anlässlich des Vorwahlsieges von Barack Obama auf Seite zwei Rassismus in Reinkultur absonderte – Obamas »Großmutter lebt 80-jährig in einem Kral in Kenia. Sie weiß nicht, wie man mit Messer und Gabel isst« –, feiert das Blatt auf Seite eins »Deutschlands mutigsten Staatsanwalt«: Seine »Wahrheit über kriminelle Ausländer: Sie beeindruckt nur eines: Die Haft!« Im selben Duktus der Superlative hatte das Blatt schon Monate zuvor einen pensionierten Internatsleiter, Bernhard Bueb, angepriesen: »Deutschlands strengster Lehrer«. Bueb, dessen

Traktat *Lob der Disziplin* in der wahrhaft reaktionären Forderung nach bedingungsloser Anerkennung jedweder Autorität gipfelte, stieß auf breite Zustimmung. Aber auch während des hessischen Wahlkampfs traf der schrille Appell an Mut, Strenge und Härte, wie er sich im Ruf nach »Erziehungscamps« ausdrückt, auf einen Resonanzboden unbewusster Verarbeitung eines gesellschaftlichen Unbehagens, dessen mögliche Brisanz noch nicht abzuschätzen ist. Dabei ging es nicht nur um eine evtl. so gar nicht gewollte Rehabilitation nationalsozialistischer Formen der Kriminalitätsbekämpfung, sondern um den generellen Wunsch nach totalitärer Ordnung. Anders lässt sich gar nicht erklären, warum die *BILD*-Zeitung in einer späteren Ausgabe eine Maßnahme des Gießener Jugendamts hochleben ließ. Dort hatte man aus Hilflosigkeit einem straffälligen und zudem an festgestelltem ADS leidenden Jugendlichen eine erlebnispädagogische Maßnahme verschrieben: Er hatte sich mit seinem Erzieher über mehrere Monate im Winter in Sibirien aufhalten müssen, um sich »abzukühlen«. Wie der Begriff »Erziehungscamp«, so appelliert auch »Sibirien« an kollektive, unbewusste Erinnerungen: an die jahrelange Kriegsgefangenschaft deutscher Wehrmachtsangehöriger bis 1956, an die Illustriertenromane der 1950er Jahre, z. B. Heinz G. Konsaliks Liebesgeschichten aus der Taiga, sowie nicht zuletzt an Stalins Gulag: nachhaltig wirkende Identifikation einer in weiten Teilen an NS-Verbrechen beteiligten Armee, die nicht im Fegefeuer, wohl aber im Tiefkühlfach Sibiriens von Schuld gereinigt wurde. Bei alledem ist – neben dem Einschließen und dem Ausschließen – die Frage der Grenze, des »wir« und des »sie«, des »Eigenen« und des »Anderen« die tragende Folie der gezielt geförderten Erregung.

Auch dafür liefert die *BILD*-Zeitung reichliche Belege: In der Ausgabe vom 5. Januar brachte das Blatt ein Interview mit der aus der Türkei stammenden Mutter des Münchner Schlägers, in dem sie sich nicht nur bei den »Deutschen« entschuldigte und auf die deprimierende familiäre Situation, auf den Teufelskreis von Ar-

mut, Vernachlässigung und Gewalt hinwies, sondern auch die Umstände schilderte, unter denen sie nach der Tat ihres Sohnes mit der Polizei in Kontakt kam: »Dann kam das SEK. Sie haben die Tür eingetreten, mich aufs Bett geschmissen und festgebunden. Dann haben sie mir gesagt, dass sie meinen Sohn suchen.« Die Mutter von Serkan A., Naciye A., zählt 62 Jahre. Auf dem Bild wirkt sie wie eine abgearbeitete und erschöpfte Frau. Dieser offen dokumentierte Skandal scheint bis ins Frühjahr 2008 niemandem aufgefallen zu sein: Ein bis an die Zähne bewaffnetes Sondereinsatzkommando (SEK) überwältigt eine ältere Dame und fesselt sie unter Verletzung ihrer Menschenwürde so, als stünde sie im Verdacht, gewaltsamen Widerstand zu leisten. Dass hier von »Verhältnismäßigkeit« keine Rede sein kann, liegt auf der Hand, und man fragt sich immer noch, wer diesen Einsatz zu verantworten hatte. Bisher jedenfalls hat sich kein »mutiger Staatsanwalt« gefunden, der diesem Übergriff nachgegangen ist und eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht hat.

Die von Naciye A. geäußerte Entschuldigung wurde neben einem Interview mit dem Opfer der beiden Schläger, dem pensionierten 76-jährigen Lehrer Bruno N., platziert. Bruno N. hat ausweislich der »*BILD*« ihre Entschuldigung nicht angenommen, »denn das ist keine ehrliche Entschuldigung. Ich will kein Mitleid. Ich bin nicht bereit, ihnen deshalb die Hand zu reichen«. An dieser Haltung von Bruno N. ist nichts, überhaupt nichts auszusetzen. Keinem Opfer einer Gewalttat irgendwo auf der Welt darf eine falsche Versöhnung abgepresst werden – eine rein verbal bleibende Versöhnung entspräche auch gar nicht einem gehaltvollen Begriff von Versöhnung, der schließlich auf die Freiheit von Täter und Opfer bauen muss. Indes: *BILD* wäre nicht *BILD*, wenn es das Opfer nicht ebenfalls abgelichtet hätte: Auf der das Interview illustrierenden Fotografie sehen wir den verkrampt lächelnden Bruno N. vor einem bunten Tuch, in seinen Händen hält er die Reproduktion einer mittelalterlichen Darstellung des auferstandenen

Christus. *BILD* erläutert: »Opfer Bruno N. mit einem Jesus-Bild in seinem Wohnzimmer.« Man fragt sich, ob die Journalisten das Opfer dazu gedrängt haben, mit dem Jesus-Bild zu posieren. Zu fragen ist darüber hinaus: Wie passt ein Bild jenes Mannes, Jesus von Nazareth, der Feindesliebe, Vergebung und Versöhnung bis in seinen Tod am Kreuz predigte, zur Präsentation eines Opfers, das in ganz unchristlicher Weise die stellvertretende Entschuldigung einer alten Frau anzunehmen noch nicht einmal in Erwägung zieht? Nimmt man Text und Illustration des Gesprächs zusammen, so sagt Bruno N. zwar, dass er – der von den Schlägern demütigend als »Scheißdeutscher« beschimpft wurde – ihre hasserfüllten Gesichter nicht vergessen könne, er den Hass gegen »unser Land und einen Bürger dieses Landes« erlitten habe. Tatsächlich aber präsentiert sich Bruno N. – freiwillig oder aufgefordert – hier nicht als Deutscher, der von »Ausländern«, sondern als Christ, der von einem Muslim gedemütigt wurde. Dass der andere Schläger, ein junger Mann griechischer Herkunft einer christlich-orthodoxen Familie entstammt, muss bei dieser Betrachtungsweise unter den Tisch fallen. Damit schließt sich ein Kreis, der von den Gegnern von Moscheebauten in Köln und Frankfurt wie Ralph Giordano bis zu klerikalfaschistischen Internetseiten wie »*Deus vult*« oder rechtspopulistischen Webauftritten wie *Politically Incorrect* über feinsinnige Positionspapiere der Kirchen zur Abgrenzung von Christentum und Islam bis hin zu Roland Kochs Tiraden über in Deutschland unübliche »Hausschlachtungen« reicht.

In den Appellen an Härte, Strenge und Autorität, in der Beschwörung des Lagers, nein, des »Camps« und der sibirischen Kriegsgefangenschaft mit all ihren männerbündisch-kameradschaftlichen sowie menschenfeindlichen Aspekten, in der Entfaltung einer neuchristlichen und liberal-antiislamischen Martyriologie spricht sich ein ebenso atavistisches wie zeitgemäßes kollektives Unbewusstes aus. Es nährt sich in den unheimlichen Interieurs der städtischen Unterwelt, in den Unzeiten der Nacht

und den Zwischenräumen der Angst vor kommunikationslosen Fremden, die, wenn sie wieder zu Hause sind, mit Armut und der Angst vor sozialem Abstieg kämpfen müssen. Der *Schlaf der Vernunft*, so der Titel von Goyas berühmtem Bild, gebiert Ungeheuer. Der Ruf zur »Ausschaffung« von Gewalttätern wird diese Ungeheuer nicht bannen, sondern nur wachsen lassen. Man kann es auch soziologisch ausdrücken: Die Grundprobleme der Weltgesellschaft, die sich auch auf deutschem Territorium zeigen, lassen sich nicht exportieren. Es ist gut, dass es nüchtern differenzierende und erklärende Sozialwissenschaften wie Kriminologie, Sozialpädagogik und Strafvollzugswissenschaft gibt.

Der Entfaltung ihrer Ergebnisse ist der vorliegende Band gewidmet, dessen Aufbau sich an der Logik der Sache ebenso wie an der Chronologie der Ereignisse orientiert und daher mit einer kritischen Analyse von Roland Kochs Wahlkampf und der ihn unterstützenden Medien von *BILD* und *FAZ* durch den Politologen und Rechtsextremismusexperten Hajo Funke beginnt. Funkes Beitrag betont dabei insbesondere die kurzfristigen konjunkturellen Mobilisierungseffekte rechtspopulistischer Kampagnen, die zwar mittelfristig nicht zum gewünschten Erfolg führen mögen, längerfristig aber dennoch erhebliche Gefährdungspotenziale für eine demokratische Kultur darstellen. Freilich hat sich Roland Koch das beunruhigende Phänomen männlich-jugendlicher Gewalttätigkeit zumal junger Männer aus der türkischen Immigration nicht aus den Fingern gesogen, sondern lediglich ein seit längerem bekanntes Phänomen unverantwortlich instrumentalisiert.

Der Kriminologe Joachim Kersten bringt Leserinnen und Lesern mit der zunächst ebenso befremdenden wie verfremdenden Methode des ethnologisch vorgehenden Sozialforschers jene eigentümliche Kultur der Gewaltpoesie und des geradezu feudalanmutenden Kampfes um Anerkennung nahe, die es – entgegen bürgerlichen und aristokratischen Ehrbegriffen – durchaus für

legitim hält, auch Schwache und Wehrlose zu quälen und zu verletzen.

Dass sich diese Kultur nicht aus sich selbst speist, sondern soziale Ursachen hat, wird aus dem hier erstmals publizierten, bahnbrechenden Beitrag von Dirk Baier und Christian Pfeiffer deutlich, die auf der Basis sorgfältigst erhobener empirischer Studien sowohl den Befund bestätigen können, dass tatsächlich junge Männer aus der türkischen Immigration in besonderer Weise mit dem Risiko der Gewaltdelinquenz belastet sind, dass aber die unterschiedlichen sozialen Ursachen, die dies wahrscheinlich machen, kontrollierbar sind und – wie ein in Niedersachsen, in Hannover entfaltetes pädagogisches Projekt beweist – genau diese spezifische Gewaltdelinquenz türkischstämmiger junger Männer zum Rückgang bringen können. Der von Baier/Pfeiffer empirisch kaum bestreitbare Konnex von schlechten Schulleistungen, beeinträchtigendem Medieneinfluss zum keineswegs selbst verschuldeten Mangel an Kontakten zur »deutschen« Umwelt und häuslicher Gewalterfahrung wird über den im engeren Sinne jugendkriminologischen Horizont hinaus die allgemeine Integrationsdebatte über die nächsten Jahre bestimmen.

Freilich erklären soziale Bedingungen nicht alles – um eine befriedigende Erklärung für individuelles Verhalten, auch solches, das extrem aggressiv und roh ist, zu liefern, ist es unumgänglich, psychologische Theorien und Modelle individueller Verhaltensprägung hinzuzuziehen. Indem Claus Koch unter Bezug auf neueste Theorien der Psychoneurologie und der Säuglingsforschung den Nachweis führt, welche Formen misslingender elterlicher Zuwendung dazu führen, dass Kinder keine zureichende Empathie entwickeln können, bietet er zugleich Erklärungsmuster für jene eigentümliche, beängstigende Kultur der Gewalt und der verletzten Anerkennung, die den normalen Bürger so sehr ängstigen.

Grenzen und Möglichkeiten pädagogischer Reaktionen sind Thema der folgenden Beiträge: Während Karin Amos aus einer

erziehungssoziologischen Perspektive verlässlich über die US-amerikanischen »Boot Camps« und ihre Ideologie informiert, weist der Jurist und Vollzugspraktiker Joachim Walter in einem ebenso präzisen wie luziden, juristisch wie pädagogisch genau argumentierenden und illusionslos referierenden Beitrag auf die Chancen und Risiken des deutschen Jugendstrafvollzugs hin und behandelt dabei vor allem auch das heikle Problem der Rückfallhäufigkeit als eines Evaluationskriteriums für erfolgreiche Resozialisierung.

Der Band wird durch einen von Nina Oelkers und anderen verfassten Beitrag beschlossen, der ein ebenso breites wie scharf profiliertes Panorama des Wandels pädagogischer Weltanschauungen im (neoliberalen) Zeitalter der Transformation des klassischen Wohlfahrtsstaates des 20. Jahrhunderts präsentiert. Das Ende dieses Beitrags verweist auf eine neuartige sozialphilosophische Perspektive, deren systematischer Gehalt und normative Kraft in den nächsten Jahren intensiv zu debattieren sind – dass sie dem populistischen Bedürfnis nach mehr Punitivität allemal überlegen ist, haben die in diesem Band vorgelegten wissenschaftlichen Beiträge bewiesen.